



Sie entspannen Konflikte am Konstanzer Ufer: Die Nachtwanderer werden auch künftig nicht durch einen privaten Sicherheitsdienst ergänzt. Im Rat gibt es massive Vorbehalte gegen den von der Verwaltung vorgeschlagenen 35 000 Euro teuren Einsatz im Jahr 2012. BILD: ARCHIV

Privat-Polizei bleibt ein Tabu

- Stadt scheitert mit Idee zu Security-Einsatz am See
- Nachtwanderer haben schwere Bedenken
- Verwaltung fürchtet Chaos im nächsten Sommer

VON JÖRG-PETER RAU

Konstanz – Ein privater Sicherheitsdienst zur Überwachung der Partymeilen am Konstanzer Bodensee-Ufer scheint vom Tisch: Der Haupt- und Finanzausschuss des Gemeinderats hat entsprechenden Plänen der Verwaltung eine deutliche Absage erteilt. Lediglich die CDU und Oberbürgermeister Horst Frank konnten sich für die Idee erwärmen, private Sicherheitskräfte vorbeugend einzusetzen. Damit dürfte die Idee auch im Rat scheitern.

Die Argumente gegen den Vorschlag des Bürgeramts sind vor allem grundsätzlicher Natur. „Öffentliche Sicher-

heit auf öffentlichen Plätzen ist eine öffentliche Aufgabe“, sagte Hanna Binder (SPD). Auch die Freie Grüne Liste lehne die Idee, private Sicherheitskräfte zur Vorbeugung gegen Müll, Gewalt und Lärm einzusetzen, ab, wie Charlotte Biskup sagte: Mit dem Vorstoß werde möglicherweise eine bedenkliche Entwicklung eingeleitet. Tatjana Wolf sprach von der Herstellung der öffentlichen Sicherheit als einer „staatlichen Kernaufgabe“, die selbst die FDP nicht privatisieren wolle.

Schwere Kritik kommt auch von den Nachtwanderern, wie Freie-Wähler-Stadträtin Gabriele Weiner erklärte. Die ehrenamtlich tätigen Bürger sähen für sich „keine Aufgabe mehr“, wenn eine ähnliche Arbeit parallel gegen Geld erledigt werde. Jürgen Wiedemann (Neue Linie) wies auf den Widerspruch hin, dass Konstanz einerseits auf bürgerschaftlichen Einsatz Wert lege, dieses auf der anderen Seite aber unterlaufe.

Oberbürgermeister Horst Frank zeigte zwar Verständnis für die grundsätzlichen Bedenken, stimmte aber doch für

den Vorschlag der Verwaltung, 35 000 Euro für den Security-Einsatz im Jahr 2012 einzuplanen. Wer das ablehne, müsse die Kritik der Anwohner ertragen. Denn: „Es hat sich in den letzten Jahren gezeigt, dass die Polizei nicht genügend Kräfte hat, um oft genug vor Ort zu sein.“ Auch seien die Erfahrungen aus anderen Städten durchaus positiv. Über die von Hanna Binder und anderen Stadträten ins Gespräch gebrachte Aufstockung bei Ortpolizei und Jugend-Sozialarbeitern wurde dagegen nicht diskutiert.

Auch die CDU hatte sich für einen probeweise Einsatz von Security-Leuten zwischen Ostern und Herbst 2012 ausgesprochen. Andreas Ellegast sagte, dass seine Partei dies für eine „Notlösung“ halte, weil man der Probleme nicht anders Herr werde. Roger Tschuclin meinte, nicht nur die Anwohner in privilegierten Lagen, sondern auch Eltern und Jugendliche selbst hätten nach mehr Überwachung gerufen.

Kommentar, Seite 20